

**Antrag 243/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 244/I/2019 (Konsens)****Keine (Riester)- Experimente mehr: Gesetzliche Rente solidarischer finanzieren!**

1 Die SPD soll die Partei der starken Rente sein. Hierfür soll  
 2 sie sich für die Stärkung der gesetzlichen Rente einsetzen.  
 3 Auf die staatliche Förderung der Riester-Rente soll verzich-  
 4 tet werden. Die dadurch eingesparten Steuergelder sol-  
 5 len in die gesetzliche Rente fließen. Die gesetzliche Rente  
 6 kommt im Gegensatz zur Riester-Rente allen zu Gute und  
 7 besitzt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen. Bereits ab-  
 8 geschlossene Riester-Verträge bleiben davon unberührt.  
 9  
 10 Insgesamt ist durch die SPD auf den Umbau der gesetz-  
 11 lichen Rentenversicherung hin zu einem echten Solidari-  
 12 tätswerk einzuwirken. Von dieser Versicherung sollen al-  
 13 le Einkommen – auch von Beamten und Selbstständigen  
 14 sowie aus Kapitalerträgen und Mieteinnahmen – erfasst  
 15 werden. Der demografische Wandel lässt sich bewältigen,  
 16 wenn die Rente von allen solidarisch und gemeinsam fi-  
 17 nanziert wird.

18

**19 Begründung**

20 Alle Menschen sollen im Alter ein Leben in Würde haben.  
 21 Selbst ein gutes Erwerbsleben wird für einige Menschen  
 22 jedoch nicht mehr ausreichen, um im Alter vor Armut ge-  
 23 schützt zu sein. Grund ist das kontinuierliche Absinken  
 24 des Rentensicherungsniveaus. Auch wenn ein weiteres  
 25 Absinken unter 48% aktuell von der SPD verhindert wurde,  
 26 wird für viele Menschen in Zukunft - auch vor dem Hin-  
 27 tergrund steigender Mieten - die gesetzliche Rente nicht  
 28 mehr ausreichen, um den eigenen Lebensunterhalt im Al-  
 29 ter bestreiten zu können. Dieser Umstand löst bei vie-  
 30 len Menschen das Gefühl aus, dass ihre unter Umständen  
 31 jahrzehntelangen Arbeitsleistungen im Alter nicht ausrei-  
 32 chend gewürdigt werden.

33 Die gesetzliche „Rentenlücke“ soll nach aktuellen politi-  
 34 schen Vorstellungen durch eine zusätzliche individuelle  
 35 Absicherung mit Hilfe einer betrieblichen und privaten  
 36 Vorsorge erreicht werden. Um ein tatsächliches Schließen  
 37 der „Rentenlücke“ zu erreichen, fehlen vielen Menschen  
 38 jedoch die finanziellen Kapazitäten. Die in Milliardenhö-  
 39 he staatlich geförderte Riester-Rente erhebliche Defizite  
 40 auf. Sie erreicht – wie Studien belegen - insbesondere Ge-  
 41 ringverdienende nicht und verfehlt damit ihre Zielgruppe.

42

43 2001 wurde die Riester-Rente eingeführt. Die Aufgaben,  
 44 die der Rister-Rente zugeschrieben wurden, hat diese  
 45 nicht erfüllt. Das hat mehrere Ursachen:

46 a) Die Rendite ist in vielen Fällen zu gering. Aktuell sehr  
 47 niedrige Zinsen verstärken diesen Effekt. Stiftung Waren-  
 48 test kritisiert, dass viele Geringverdiener/innen über ih-  
 49 re Riester-Verträge trotz staatlicher Zulagen gar nicht ge-

50 nug ansparen könnten, um tatsächlich für das Alter abge-  
51 sichert zu sein.

52 b) Die staatlichen Mittel kommen vor allem Besserverdie-  
53 ner/innen zugute. Benachteiligt werden vor allem Frau-  
54 en. Nur die Hälfte aller Frauen kann sich zusätzlich pri-  
55 vate Vorsorge nach Art der Riester-Rente leisten (Quelle:  
56 Ver.di).

57 c) Das System der Verträge ist für Laien kaum zu durch-  
58 schauen. Viele Menschen verstehen das komplizierte  
59 Riester-System aus Zulagen, Freibeträgen und zusätzli-  
60 chen Regelungen nicht.

61 d) Kapitalgedeckte Systeme sind im Gegensatz zu umla-  
62 gefinanzierten Systemen durch die Abhängigkeit von den  
63 Finanzmärkten grundsätzlich nicht krisenfest.

64

65 Gerecht und zukunftssicher ist nur ein solidarisches Ren-  
66 tensystem, welches alle Einkommensarten erfasst und  
67 das von allen gemeinsam finanziert wird. Nur ein sol-  
68 ches Rentensystem berücksichtigt die ökonomischen Ent-  
69 wicklungen der letzten Jahrzehnte - z.B. Verringerung der  
70 Lohnquote - in ausreichendem Maße und sichert auch die-  
71 jenigen ab, welche vom bisherigen System nicht oder nur  
72 unzureichend erfasst werden - z.B. kleine Gewerbetrei-  
73 bende und Freiberufler. Der vollständige Umbau des Sys-  
74 tems ist ein jahrelanger Prozess, der jetzt von der SPD vor-  
75 angetrieben werden muss, um bei den Wählerinnen und  
76 Wählern Vertrauen zurück zu gewinnen.